

MITEINANDER STATT GEGENEINANDER

Neue Wege gegen Gewalt



Gewaltbereitschaft und Gewaltkriminalität, besonders bei Kindern und Jugendlichen, bereiten der Bundesregierung Sorge. Das Bundesministerium des Innern setzt sich zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für neue Ideen im Umgang mit Gewalttätern ein.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen haben eine gemeinsame Initiative zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland ergriffen. Gemeinsam suchen sie nach Wegen, schon im Vorfeld Fehlentwicklungen zu begegnen, die sich zum Beispiel in der Jugendgewalt auf den Straßen und extremistischen Übergriffen zeigen. Auch die wachsende Politikverdrossenheit und eine schwindende Beteiligung am demokratischen Prozess bereiten den beiden Mitgliedern der Bundesregierung Sorge.

Erosion gesellschaftlicher Integration

Beispiel für die bestehende Gewaltbereitschaft machen regelmäßig Schlagzeilen. Da werfen zwei junge Männer einen 76-Jährigen zu Boden und treten ihm mehrmals gegen den Kopf, sodass er einen mehrfachen Schädelbruch erleidet. Der Anlass: Das Opfer hatte die Jugendlichen vorher in der U-Bahn aufgefordert, dort nicht zu rauchen. Da schlagen junge Rechtsextremisten auf Menschen ein, die ihnen fremd erscheinen oder ihren Parolen widersprechen. Da nutzen sogenannte Autonome friedliche Veranstaltungen, um Autos umzustürzen, Geschäfte zu demolieren und mit Gewalt gegen Polizeibeamte vorzugehen. Da kümmern sich Eltern nicht um ihre kleinen Kinder, lassen sie verwahrlosen oder prügeln sie zu Tode. Die Gewalt in unserer Gesellschaft wird begleitet von dem Niedergang ganzer Großstadtbezirke, in denen die Mehrheit der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und mehr als die Hälfte der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlässt.



Schlägereien und Übergriffe: Gerade unter Jugendlichen zeigt sich eine hohe Gewaltbereitschaft.

Begleitet würden solche offenkundigen Fehlentwicklungen „von ganz unterschiedlichen Veränderungen im Umgang, die eher ein Gegeneinander denn ein Miteinander fördern“, schreiben Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Ursula von der Leyen in einem gemeinsamen Artikel für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Interessenkonflikte würden immer scharfer ausgetragen, Spannungen zwischen „Alteingesessenen“ und Zuwanderern nähmen ebenso zu wie Rücksichtslosigkeiten und Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum. Die beiden Minister räumen zwar ein, dass dies oft Einzelfälle und persönliche Erlebnisse seien. Aber: „Wenn sich solche Erlebnisse zusammenfügen zu einem Gefühl, dass Sicherheit und Solidarität schwinden, Egoismus und Unberechenbarkeit zunehmen, jeder sich selbst der Nächste ist und man sich weder auf die Mitmenschen noch auf den Staat verlassen kann, dann liegt darin eine ernst zu nehmende Gefahr für unsere Demokratie.“ Eine zusätzliche Dimension erhalten die-

se Entwicklungen durch den demografischen Wandel. Auch wenn die Alten und die Jungen sich immer noch in großem Maße unterstützen, ist auch der Zusammenhalt zwischen den Generationen nicht mehr selbstverständlich.

Zusammenhalt stärken

Sind das alles Anzeichen für eine „Erosion gesellschaftlicher Integration“, wie die Berliner Sozialwissenschaftler Herfried Münkler und Felix Wassermann formulieren? Ihre These lautet: Der dauerhafte Bestand freiheitlicher Gesellschaften hängt von „sozialmoralischen Ressourcen“ ab, von der Sorge der Bürger um das Gemeinwohl, ihrem Gemeinsinn und ihrer Bürgertugend. „Schwinden und versiegen diese Ressourcen, so bedeutet dies einen Verlust des sozialen Zusammenhalts.“ Falls es nicht gelinge, diesen Prozess aufzuhalten, breche die Gesellschaft auseinander. Dies wiederum führe zu einem Anstieg des gesellschaftlichen Gewaltniveaus.

Konkret heißt das: Drahtzieher der organisierten Kriminalität und Wortführer des politischen Extremismus nutzen die Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für ihre Zwecke. Sie missbrauchen nach einer Analyse des Bundesministeriums des Innern das Bedürfnis vieler Menschen nach Zugehörigkeit, Geborgenheit oder auch „Heimat“. Die NPD infiltriert gezielt Sportvereine oder organisiert Zeltlager. Extremisten bieten Hilfe bei der Lehrstellensuche, Unterstützung bei Hausaufgaben oder bei der Freizeitgestaltung. Sie sind vor allem da präsent, wo es wenig demokratische Institutionen und Personen gibt.

Programme gegen Gewalt

www.violence-prevention-network.de

www.papilio.de

www.durchboxen.de

Unpolitische kriminelle Banden gehen ähnlich vor: Sie verschaffen Jugendlichen, die im Elternhaus oder in der Schule Schwierigkeiten und auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, alternative Lebenswege und Einkommensmöglichkeiten. Ob politische Extremisten oder unpolitische Kriminelle – beide vermitteln gefährdeten jungen Menschen das Gefühl, dazuzugehören, nicht ausgeschlossen zu sein.

Bürgerengagement ist gefragt

Hier setzen viele Programme zur Gewaltprävention an. Der Staat investiert in sie viel Geld: Der Bund gab zwischen 2001 und 2006 allein 194 Millionen Euro für das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aus. Doch mit Staatsgeldern allein können die Gefahren nicht gebannt werden. Private Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern muss hinzukommen. Die beiden Minister bekräftigen: „Oft können Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände mit ihren Ideen und ihrem Engagement passge-

naue, effiziente und kreative Lösungen bieten; Lösungen für Aufgaben, die Politik und Verwaltung nicht allein oder jedenfalls nicht so gut bewältigen könnten.“

Über einige der Projekte für gefährdete junge Menschen hat sich Minister Dr. Schäuble persönlich informiert, weitere Besuche sind geplant. So wird zum Beispiel im „Boxcamp Lothar Kannenberg“, das Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren, die bereits straffällig wurden, nach der Devise „Durchboxen im Leben“ der Sport als „ein Ventil für aufgestaute Emotionen als Handlungsalternative“ angeboten. Klare Strukturen, Anerkennung und Regeln geben den notwendigen Halt, um anschließend gemeinsam nach beruflichen Perspektiven zu suchen.

Das „Violence Prevention Network“ wendet sich mit seinem Programm „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ an rechtsextremistisch oder islamistisch gefährdete jugendliche Gewaltstraftäter, die bereits in Haft sind. Durch politische und pädagogische Bildungsarbeit, Aufbereitung der eigenen Täterbiografie, einer Einbe-

Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Ursachen/Wirkungen)





Durch Sportprogramme zur Gewaltprävention wie hier beim Judounterricht an einer Grundschule in Hannover sollen Kinder lernen, Konflikte gewaltlos zu lösen und mit aufgeregten Emotionen umzugehen.

ziehung des sozialen Umfelds und Nachbetreuung werden vorurteils-motivierte Gewalttaten sowie Wiederholung und Rückfall mit Erfolg reduziert.

Solche Arbeit mit gefährdeten oder bereits straffällig gewordenen Jugendlichen vermindert die Rückfallquoten und verringert die Gefahr, dass sie weiter ins kriminelle Milieu oder den Gewaltextremismus abrutschen. Allerdings greifen solche Projekte meist erst, wenn die Straftat schon begangen wurde. Lernprozesse, die die Jugendlichen hier machen, sollten ihnen schon viel früher angeboten werden.

Gezielt früh fördern

Der amerikanische Bildungsökonom James Heckman betont, Kinder, die zu wenig gefördert würden, würden früh negativ geprägt. Sein Schluss: Je früher gefördert wird, desto weniger Kosten entstehen für die Gesellschaft. Positiv formuliert heißt das mit den Worten der beiden Minister: „Nirgendwo lernen Menschen die Grundregeln des Zusammenlebens und Zusammenhaltens besser als in der Familie und während ihrer Kindheit und Jugend.“

Genau dieser Erkenntnis folgt ein Programm, das sich nach dem lateinischen Namen des Schmetterlings benannt hat: „Papilio“. Hier lernt das Kindergartenkind soziale Fähigkeiten und Fertigkeiten, um wichtige Entwicklungsschritte selbstbewusst zu bewältigen. Diese sozial-emotionale Kompetenz soll das Kind später davor schützen, in schwierigen Situationen mit Gewalt oder Sucht zu reagieren.

Hier finden die beiden für die Jugend- und Familienpolitik sowie die Innenpolitik verantwortlichen Bundesminister ihren gemeinsamen Ansatz zum Handeln. Sie betonen: „Was aus dem Blickwinkel der Gewaltprävention negatives Verhalten vermeiden hilft, trägt aus dem Blickwinkel der Bildung und Stärkung aller Kinder dazu bei, Hilfsbereitschaft und Solidarität zu vermitteln und die Bereitschaft, in unserer Gesellschaft etwas zu leisten und Verantwortung zu übernehmen.“

Das Bundesministerium des Innern hat eine neue Arbeitseinheit eingerichtet, die unter dem Schwerpunkt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Prävention“ vielfältige Projekte vorstellen will, „welche die Fähigkeit

des Einzelnen zu einem friedlichen Miteinander stärken“. Eine besondere Rolle kommt der politischen Bildung zu. In diesem Bereich sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, sogenannte bildungsferne und politikferne Gruppen besser anzusprechen.

Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Ursula von der Leyen unterstreichen: „Unsere Initiative ist ein gemeinsamer Schritt, um auf die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenhalts aufmerksam zu machen und die sozialen Kräfte zu mobilisieren, die für ein gutes Miteinander entscheidend sind. Wir wollen anstiften zu Engagement und Bürgersinn und werben für attraktive Beteiligungsmöglichkeiten. Und wir wollen nach Wegen suchen, wie wir diejenigen, die unserer offenen, demokratischen Gesellschaft skeptisch gegenüberstehen, fördernd und fordernd in unsere Mitte zurückholen können.“ (kl)

>> Weitere Informationen zum Thema sowie Bestellmöglichkeiten der neuen BMI-Broschüre „Theorie und Praxis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ unter: www.bmi.bund.de